



Abschrift

## Geheime Reichsache

Budapest 24.7.1944

An das RSHA, IV, Stabaf. Guenther.

Betrifft: Endloesung der Judenfrage in Ungarn.

Bezug: hiesiges PS. Nr. 4206 vom 15.7.

*Oh!  
Sinnlos*

Aufgrund der der ungarischen Regierung übermittelten Zustimmung der deutschen Reichsregierung mit den von den neutralen Staaten - Schweden und Schweiz - betriebenen Anwanderungsmöglichkeiten für ungarische Juden gehen die ausländischen Missionen bereits dazu über, Anwanderungspapiere zu erteilen. In der deutschen Antwortnote ist nicht mit aller Schärfe die Palatinaauswanderung untersagt worden, es heisst dort vielmehr, dass nach Möglichkeit von einer Palatinaauswanderung abgesehen werden soll, ohne dass bisher erkennbar geworden ist, dass eine andere Auswanderung als nach Palatina von den betreffenden ausländischen neutralen Missionen versucht worden wäre, betreiben sie gleichzeitig von Anfang an die Auswanderung nach Palatina. Die hiesige deutsche Gesandtschaft hat bisher diesen Bestrebungen sich nicht entgegengestellt, da sie der Meinung ist, dass die Palatinaauswanderung deutscherseits nicht grundsätzlich abgelehnt worden sei. - Es ist von hier dafür Sorge getragen, dass auch seitens der hiesigen Gesandtschaft alles nur Mögliche getan wird, um die Auswanderungsbestrebungen in die Länge zu ziehen und schliesslich nach Fortsetzung der Judenevakuierung ganz zu unterbinden. Dies ist umso eher möglich, als jeder auswandernde Jude über die deutsche Gesandtschaft von den deutschen Wehrmachtstellen für die Anreise aus Ungarn ein deutsches Visum bzw. einen besonderen Durchlaß-Schein haben muss. - Um die Palatina-Auswanderung wirksamer verhindern zu können, wird es von hier für zweckmässig gehalten, dass die ursprünglich erteilte Zustimmung der deutschen Reichsregierung in diesem Punkte klarer und schärfer gefasst wird, indem eine Auswanderung nach Palatina im Rahmen dieser Aktion deutscherseits nicht gebilligt wird. -

Weiterer Bericht folgt am 25.7.1944

K209323

Richmann.

H322165





R:HA  
IV B 4

Paris, den 1.7.1942

Betr.: Dienstbesprechung im Hinblick auf die bevorstehende Evakuierung aus Frankreich mit ~~H~~-Hauptsturmführer Dannecker, Paris.

1.) Vermerk:

Nach Erörterung schwebender Einzelfragen wurde das Gesamtproblem durchgesprochen. Demnach ergeben sich f. r die Arbeiten an der Endlösung der Judenfrage in Frankreich folgende Gesichtspunkte:

- a) Durchführungsarbeiten im besetzten Teil: reibungslos und klar.
- b) Vorbereitende Arbeiten in politischer Hinsicht im Hinblick auf praktische Durchführung im unbesetzten Teil ist noch nicht restlos durchgeführt, da die französische Regierung in zunehmenden Maße Schwierigkeiten bereitet.

In Anbetracht des RF ~~H~~-Befehl (den Referat IV B 4 durch Amtchef IV am 23.6.42 übersandt), dem zufolge sämtliche in Frankreich ansässigen Juden sobald als möglich abgehoben werden sollen, ergibt sich daher für die forcierte Weiterarbeit die unumgänglich notwendige Tatsache einer entsprechenden Druckerbeit auf die französische Regierung. Es ist klar, daß sich die praktischen Auswirkungen nicht von heute auf morgen erreichen lassen werden, jedoch stehen in der Zwischenzeit die Transporte aus dem besetzten Teil zur Verfügung, so daß im Hinblick auf die Schwierigkeiten im unbesetzten Teil trotzdem im Augenblick der RF ~~H~~-Befehl restlos durchgedruckt werden kann.

./.

6/15 6



In diesem Sinne wurde auch mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, Paris, ~~Standartenführer~~ Dr. Knochen verhandelt.

Mit ~~Hauptsturmführer~~ Dannecker wurde klar und verbindlich abgesprochen, daß die den Zielstationen überstellten Juden mit Betreten des Reichsgebietes als staatenlos anzusehen sind, bzw. darüberhinaus ihre vermögensrechtlichen Angelegenheiten in jeder Hinsicht bereinigt wurden. Die hierfür allfällig notwendigen gesetzlichen Untermauerungen sind von der Dienststelle mit entsprechender Energie vorwärts zu treiben, da bei einem Versagen auf diesem Gebiete größte Unannehmlichkeiten in außenpolitischer Hinsicht zu erwarten sind, die in Durchführung des RF ~~Befehls~~ auf jeden Fall vermieden werden müssen.

Abschließend wurde festgestellt, daß das bisher vorgesehene Tempo ( 3 Transporte zu je 1000 Juden wöchentlich) in Zeitkurse bedeutend gesteigert werden muß, mit dem Ziel der ehebaldigsten restlosen Freimachung Frankreichs von Juden. Die hierfür notwendigen Vorausmaßnahmen in transporttechnischer Hinsicht sind von Berlin aus zur Zeit im Gange.

Die Dienststelle Paris hat dafür Sorge zu tragen, daß das angegebene seinerzeitige Tempo im Interesse des reibungslosen Ablaufs der Endlösung der Judenfrage beibehalten werden kann.

*gg. Dannecker*

Hauptsturmführer

*gg. Lichmann*

~~Hauptsturmführer~~

*Wendel*

6/15/40

Photocopie du document 9  
(voir traduction p. 129)

(RF-1223)



Reichssicherheitshauptamt

Berlin SW 11, den 15. November 1943  
Dohn-Robert-Str. 2  
Telefon 17 00 00

IV B 4 b r. 2314/43 g (82).

VIE. M.T.A.

Geheim

Weiterleiten an  
Inl. II B bittet um Beauftragung  
Berlin, den 18. 11. 43

Schnellbrief

Amt des Amt  
31529  
18. 11. 43

An  
das Auswärtige Amt  
s.Hd. von Herrn Legationsrat v. Thadden  
-o.V.i.A.-

in Berlin W 8  
Wilhelmstr.

Betrifft: Behandlung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit. (Allgemein), Griechenland und Italien.

Bezug: Laufend.

Nachdem die ersten Maßnahmen zur Bereinigung der Judenfrage in Griechenland und Italien angelaufen sind, bedarf die Frage der Behandlung der Juden ausländischer Staatsangehörigkeit in diesen Räumen noch einer generellen Regelung.

Aus sicherheitspolizeilichen Gründen bestehen dagegen Bedenken, die Juden ausländischer Staatsangehörigkeit in der Weise zu behandeln, wie es in der mit dortiger Zustimmung getroffenen generellen Regelung im übrigen deutschen Machtbereich vorgesehen worden war. Ein großer Teil der ausländischen Juden, denen nach den bisherigen Richtlinien die "Heimkehr" in ihre sogenannten Heimatländer gestattet worden ist, hat sich nachweislich aktiv an den umstürzlerischen Tendenzen der Badoglioanhänger beteiligt. Ein anderer Teil, dem eine aktive Beteiligung nicht nachgewiesen werden kann, hat aber offensichtlich die Tendenzen der Badoglioanhänger gutgeheißen, sich jedoch nach außen hin in genügender Weise gesichert. Da eine Überprüfung der einzelnen Juden in dieser Hinsicht eine umfangreiche, nicht zu vertretende Arbeitsüberlastung darstellt, bitte ich darum, die Zustimmung dazu zu erteilen, Juden ausländischer Staatsangehörigkeit mit Ausnahme der zu internierenden Feindstaatsangehörigen in die Abschiebungsmaßnahmen einzubeziehen. Den auslän-

3721

Indien, Brasilien, die



(2)

105

ausländischen Vertretungen müSte von dort im Falle von be-  
sonderen Interventionen eine entsprechende Antwort er-  
teilt werden.

falls nach dortiger Auffassung eine Abschiebung der  
Juden ausländischer Staatsangehörigkeit - ohne Feind-  
staatsangehörige - in Hinblick auf die zu erwartenden  
ausenpolitischen Schwierigkeiten nicht möglich sein sollte,  
bitte ich um Einverständnis zu folgender Regelung:  
Sämtliche ausländische Juden mit echten und gültigen  
Papieren werden sofort in Sammelagern erfasst und jeweils  
nach Bedarf und Möglichkeit mittels Sammeltransport  
den einzelnen "Heimatländern" ohne vorherige Rückfrage  
und Prüfung ihrer "Heimkehrberechtigung" überstellt. Bei  
diesem Verfahren werden selbstverständlich Juden, bei  
denen der Nachweis der umstürzlerischen Beteiligung ohne  
größere Ermittlungen sofort geführt werden kann, von der  
"Heimschaffung" ausgenommen werden.

Wegen der Milbedürftigkeit der Angelegenheit darf  
ich bitten, mir sobald als möglich ihre Auffassung mit-  
zuteilen.

Im Auftrage:

*W. W. W.*

Bu. A.

372141





Referat D III

D III 535 g

# Geheim

## Aufzeichnung Über das Ergebnis meiner Dienstreise nach Belgrad.

Zweck der Dienstreise war, an Ort und Stelle zu prüfen, ob nicht das Problem der 8.000 jüdischen Hetzer, deren Abschiebung von der Gesandtschaft gefordert wurde, an Ort und Stelle erledigt werden könne.

Die erste Aussprache mit Gesandten BENZLER und Staatsrat TURNER auf der Dienststelle des Militärbefehlshabers von Serbien ergab, daß bereits über 2.000 dieser Juden als Repressalie für Überfälle auf deutsche Soldaten erschossen waren. Auf Anordnung des Militärbefehlshabers sind für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 Serben zu erschießen. Im Vollzuge dieses Befehls wurden zunächst die aktiven kommunistischen Führer serbischer Nationalität - etwa 50 an der Zahl - und dann laufend Juden als kommunistische Hetzer erschossen.

Im Verlaufe der Aussprache ergab sich, daß es sich von vornherein nicht um 8.000 Juden handelte, sondern nur um rund 4.000, von denen außerdem nur 3.500 erschossen werden können. Die restlichen 500 benötigt die Staatspolizei, um den Gesundheits- und Ordnungsdienst in dem zu errichtenden Ghetto aufrecht zu erhalten.

Wieso die Differenz von 8.000 zu 4.000 Juden entstanden war, konnte in der ersten Besprechung nicht geklärt werden. Die über diese Frage von mir angestellten Ermittlungen ergaben, daß Staatsrat Turner die Zahl von 8.000 Herrn Ges. Benzler angegeben hatte, und zwar 1.500 aus Smedrivo, 600 aus dem Banat (ein Rest von 2.000), 1.200 aus Sabatsch, 4.700 aus Belgrad.

In dieser Aufstellung war insofern ein Fehler unterlaufen, als die Juden aus Smedrivo und dem Banat doppelt gezählt und in der Belgrader Zahl von 4.700 nochmals enthalten waren; außerdem hatte sich ein Teil der Belgrader Juden inszwischen

K205167 2297105 231258



inzwischen ins Aufstandsgebiet verdrückt.

In der ersten Aussprache gab Staatsrat Turner in bitteren Worten seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß den ersten Hilferufen nicht unmittelbar Folge geleistet war. Die Lage wäre sehr prekär gewesen, erst durch das Eintreffen der deutschen Divisionen sei sie etwas gebessert worden. Ich habe die Gründe auseinandergesetzt, weshalb die Juden weder nach Rumänien noch in das Generalgouvernement oder in den Osten abgeschoben werden konnten. Staatsrat Turner konnte sich diesen Gründen nicht verschließen. Er fordert aber nach wie vor die Abschiebung der restlichen Juden aus Serbien.

Ins Einzelne gehende Verhandlungen mit den Sachbearbeitern der Judenfrage, Sturmbannführer WEIMANN von der Dienststelle Turner, dem Leiter der Staatspolizeistelle, Standartenführer FUCHS und dessen Judenbearbeitern ergaben:

1. Die männlichen Juden sind bis Ende dieser Woche erschossen, damit ist das in dem Bericht der Gesundheitschaft angeschnittene Problem erledigt.
2. Der Rest von etwa 20.000 Juden (Frauen, Kinder und alte Leute) sowie rund 1.500 Zigeuner, von denen die Männer ebenfalls noch erschossen werden, sollte im sogenannten Zigeunerviertel der Stadt Belgrad als Ghetto zusammengefaßt werden. Die Ernährung für den Winter könnte notdürftig sichergestellt werden.

K205168

In einer Schlußbesprechung bei Staatsrat Turner war dieser bereit, eine solche Lösung grundsätzlich zu akzeptieren. Das Zigeunerviertel der Stadt Belgrad ist aber nach seiner Ansicht ein absoluter Seuchenherd und muß aus hygienischen Gründen niedergebrannt werden. Es käme nur als Übergangsstation in Frage.

Die Juden und Zigeuner, die nicht als Repressalie erschossen werden, sollen daher zunächst im Zigeunerviertel zusammengefaßt und dann nachts zur serbischen Insel Mitrovica abtransportiert werden. Dort werden zwei getrennte

מס' 17106 2017259 701 891259



Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 11, den 1. Oktober 1943

IV B 4 a-3 4513/43

in der Nummer des Beschlusses des Reichsausschusses u. Datum eingetragen

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden o.V.I.A.

Berlin W 8

Wilhelmstr. 74-76

Betrifft: Juden Andreas Israel Michaelis, geb. am  
5.5.1904 in Berlin.

Bezug: Schreiben vom 3.9.1943 - Inl. II A 7095 -

Auch nach nochmaliger Überprüfung bin ich aus  
grundsätzlichen Erwägungen leider nicht in der Lage, der  
Ausreise des staatenlosen Juden Michaelis nach der  
Schweiz zuzustimmen.

Im Auftrage:

*[Handwritten signature]*

83-26 Schmeiz

27.9



Telegramm (G.Schreiber)

*III 424.g.*

Belgrad, den 12. September 1941 13.00 Uhr  
 Ankunft: " 12. " " 13.50 "

Nr. 636 vom 12.9. C i t o !

Auf Nr. 1207 <sup>\*)</sup> und in Anschluß an Nr. 621 vom 10.9.

Unterbringung in Arbeitslagern bei jetsigen inneren Zuständen nicht möglich, da Sicherung nicht gewährleistet. Judenlager behindern und gefährden sogar unsere Truppen. So ist sofortige Räumung Lagere von 1200 Juden in Sabac notwendig, da Sabac Kampfgebiet und in Umgegend aufständische Banden in Stärke von mehreren Tausend Mann festgestellt. Andererseits tragen Juden nachweislich zur Unruhe im Lande wesentlich bei. In Banat hat, seit dort Juden entfernt worden sind, hier in Serbien besonders schädliche Gerüchtemacherei sofort aufgehört. Abschiebung zunächst männlicher Juden ist wesentliche Voraussetzung für Wiederherstellung ordnungsmäßiger Zustände. Wiederhole daher dringend meine Bitte. Falls sie erneut abgelehnt wird, bleibt nur noch sofortige Abschiebung etwa nach Generalgouvernement oder Rußland, was aber erhebliche Transportschwierigkeiten machen dürfte. Andernfalls muß Judenaktion vorläufig zurückgestellt werden, was gegen die mir von Herrn Ram erteilten Weisungen.

*Die besten Apparat  
 +) D III 47 g.  
 (Handwritten notes and signatures)*

*Handwritten notes and signatures*

- Herg... in 15 Stück  
 Davon sind folgende:
- Nr. 1 an *...*
  - Nr. 2 an R.A.M.
  - Nr. 3 an S.E.
  - Nr. 4 an Chef A.O.
  - Nr. 5 an B.E.A.M.
  - Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.
  - Nr. 7 an " " Recht
  - Nr. 8 an " " Pers.
  - Nr. 9 an " " Hh. Pol.
  - Nr. 10 an " " Kult.
  - Nr. 11 an " " Presse
  - Nr. 12 an " " Prot.
  - Nr. 13 an " " Deutschl.
  - Nr. 14 an " " ...
  - Nr. 15 an Dg. Pol.
- Dies ist Nr. *13*

*Handwritten notes and signatures*  
 Benzler.  
 ...

K205189

H297125

J.J.3552



**Dr. Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD**  
im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich  
Nachrichten - Uebermittlung

Aufgenommen				Befördert				Raum für Eingangstempel	
Tag	Monat	Jahr	Zeit	Tag	Monat	Jahr	Zeit		
25	SEPT	1943						<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">                     B. d. S. - Paris                      Eing. 24 SEPT 1943                      G. B. Nr. 15664                      Abt. 17 B. Anl. 1                 </div>	
von			durch	an			durch		
				Verzögerungsvermerk					
..... Nr. 67406									
Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben — Fernspruch									

24 SEPT 1943 20749/43

+ BERLIN NUE 169301 23.9.43 21.15--- WD.----  
AN DEN BEF. DER SICH. POL. U. D. IM BEREICH DES  
MILITAERSBEF. IN FRANKREICH.- Z. HD. V. SS- STAF. DR.  
KNOCHEN.- O. V. I. A.--IN P A R I S .--- I

G E H E I M .--

BETRIFFT: DEN JUDE N G O L L U B , AUFHAELTLICH IM LAGER  
DRANCY ( VERMUTLICH VORNAME MAX.) -

BEZUG: OHNE.-

WIE HIER STRENG V E R T R A U L I C H BEKANNT WURDEN,  
WIRD VON DRITTER SEITE IN DER SCHWEIZ VERSUCHT, DEM JUDE N  
G O L L U B , DER STAATENLOS IST, DIE STAATSANGEHOERIGKEIT  
EINES SUEDAMERIKANISCHEN STAATES ZU VERSCHAFFEN, DAMIT IHM  
AUF DIESE WEISE DIE MOEGELICHKEIT ZUR AUSREISE IN DAS  
AUSLAND GEGEBEN WIRD.-

ICH GEBE HIERVON KENNTNIS UND BITTE , DIE ANGELEGENHEIT  
ZU UEBERPRUEFEN UND DEN JUDE N G O L O B SOFORT  
FESTZUNEHMEN UND FALLS MOEGLICH - RICHTLINIEN BEACHTEN-  
EINEM EVAKUIERUNGSTRANSPORT NACH DEM OSTEN ( SAMMELLAGER  
AUSCHWITZ) ANZUSCHLIESSEN.---

UEBER DAS VERANLASSTE BITTE ICH ZU BERICHTEN.---

RSHA IV B 4 A 342/43 G.-

I. A. GEZ. E I C H M A N N , SS- O' STUBAF.+

*Handwritten notes:*  
Hilf mir heraus zu  
übernehmen in Lager  
2879.83

*Handwritten notes:*  
Opfer  
Lager  
L-207



Abschrift!

Reichsicherheitshauptamt  
IV B 4 - 2093/42R (391)

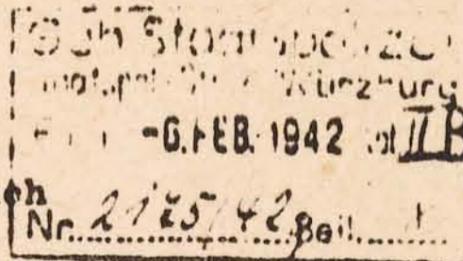
Berlin, den 31. Januar 1942.

G e h e i m .

*G e h e i m !*

S c h n e l l b r i e f .

An  
alle Staatspolizei(leit)stellen im Altreich  
(einschl. Sudetengau),  
die Staatspolizeileitstelle Wien,  
die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien.



Nachrichtlich

an  
die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD  
im Altreich,  
den Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD  
Wien.

Betrifft: Evakuierung von Juden.

Bezug: Ohne.

Die in der letzten Zeit in einzelnen Gebieten durchgeführte Evakuierung von Juden nach dem Osten stellen den Beginn der Endlösung der Judenfrage im Altreich, der Ostmark und im Protektorat Böhmen und Mähren dar.

Diese Evakuierungsmaßnahmen erstreckten sich zunächst auf besonders vordringliche Vorhaben, so dass nur ein Teil der Staatspolizei(leit)stellen bei den abgewickelten Teillektionen angesichts der beschränkten Aufnahmemöglichkeiten im Osten und der Transportschwierigkeiten berücksichtigt werden konnte.